

Lage der Unternehmensfinanzierung

Deutsche Wirtschaft zeigt Stabilisierungssignale

Im November 2019

Die deutsche Wirtschaft ist mit einem leichten Wachstum im dritten Quartal 2019 nur knapp an einer technischen Rezession vorbeigekommen. Das schwache Wirtschaftswachstum wird von privatem wie staatlichem Konsum, Bauinvestitionen und wieder anziehenden Exporten getragen. Enttäuschend ist jedoch, dass die Ausrüstungsinvestitionen rückläufig bleiben. Die Aussichten bleiben verhalten, nicht zuletzt da der Strukturwandel Schwächen im Industriesektor aufdeckt und keine Signale für ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum erkennbar sind.

Als Beitrag für mehr Wirtschaftswachstum hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie seine „Mittelstandsstrategie“ vorgestellt, mit der Investitionsanreize im Mittelstand für mehr Wachstum gesetzt werden sollen. Im Kern geht es um Entlastungen bei Bürokratie und Unternehmenssteuern.

Nicht zuletzt um die europäische Wirtschaft auf einen neuen Wachstumskurs zu bringen, müssen die Finanzmittel an den Märkten effektiver genutzt werden. Eine von führenden Vertretern der Privatwirtschaft und der Politik initiierte Kampagne hat Empfehlungen vorgestellt, wie eine stärker integrierte Kapitalmarktunion in der EU erreicht werden kann.

Weitere aktuelle Themen, die wir im Bericht adressieren, sind die Relevanz von Sustainable Finance für den Mittelstand sowie Potentiale eines digital programmierbaren Euros.



Konjunktur

Stabilisierungssignale

Die gesamtwirtschaftliche Leistung der deutschen Wirtschaft hat im dritten Quartal 2019 leicht zugenommen. Das Wachstum bleibt aber weiterhin schwach. [>Seite 2](#)

Wirtschaftspolitik

Mittelstandsstrategie des BMWi

Mit seiner Mittelstandsstrategie möchte das Bundeswirtschaftsministerium Rahmenbedingungen für mehr Investitionen im Mittelstand setzen. Erste Schritte zeichnen sich für eine Unternehmenssteuerreform ab. [>Seite 4](#)

Kapitalmarkt

Neuer Anlauf zur Kapitalmarktunion

Neben guten Bedingungen für die Unternehmensfinanzierung braucht Europas Wirtschaft stärker integrierte Kapitalmärkte. Initiativen hierzu liefern Empfehlungen.

[>Seite 5](#)

Nachhaltigkeit

Sustainable Finance im Mittelstand

Was kommt auf den Mittelstand zu, um Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Ein Überblick. [>Seite 6](#)

Digitalisierung

Jenseits von Libra gedacht

Welchen Beitrag können Banken für ein zukunftsfähiges und innovatives Geldsystem leisten. [>Seite 8](#)

Bankenstatistik

Kreditvergabe in Q3/2019

Das Gesamtvolumen der Kredite an Unternehmen steigt im Quartalsvergleich schwach an. [>Seite 10](#)

Finanzierungsbedingungen zum Q3/2019

Die Kreditvergabebedingungen für Unternehmen in Deutschland verschärfen sich erneut. [>Seite 11](#)

Bodenbildung erreicht – Abwärtssorgen gestoppt?

Industrieproduktion schrumpft

Die deutsche Wirtschaft hat seit Sommer letzten Jahres in mehreren Schüben deutlich an Kraft verloren. Ausschlaggebend dafür war vor allem der Industriesektor. Wegen der hohen Exportquote hat sich hier die kontinuierliche Abschwächung der Weltwirtschaft unmittelbar niedergeschlagen. So lag die Industrieproduktion in Deutschland im dritten Quartal dieses Jahres rund 4 ½ % unter dem Vorjahresniveau. Der Dienstleistungssektor und die Binnennachfrage in Deutschland haben sich hingegen bis zuletzt recht gut behauptet. Nach wie vor geben hier die gute Arbeitsmarktlage und ordentliche Lohnabschlüsse etwas Rückenwind.

Erste Hoffungszeichen

Wegen der anhaltend schwachen Industriekonjunktur wurde befürchtet, dass in den Sommermonaten die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland erneut schrumpfen und damit in eine technische Rezession rutschen würde. Die offiziellen Daten zur BIP-Entwicklung, die für das dritte Quartal 2019 ein schwaches Wirtschaftswachstum ausweisen (preis-, saison- und kalenderbereinigt +0,1 % gegenüber dem Vorquartal), waren daher eine erfreuliche Überraschung. Umso mehr, als es in den letzten Monaten auch stabilisierende Signale bei einzelnen Stimmungskennindikatoren gab und die weltwirtschaftlichen Risiken – vor allem an den Finanzmärkten – inzwischen etwas geringer gewichtet werden.

Beim globalen Wirtschaftsklima machen sich die leichten Entspannungssignale im Handelskonflikt zwischen den USA und China bemerkbar. Hinzu kommt, dass das Risiko eines „harten Brexits“ etwas gesunken ist, zumindest aber zeitlich weiter verschoben wurde. Auch die Sorgen um die US-Konjunktur und

um eine zu starke Abschwächung der chinesischen Wirtschaft haben wieder etwas nachgelassen.

Vor diesem Hintergrund wird mit den jüngsten Kurssteigerungen an den Aktienmärkten, aber auch mit den etwas anziehenden Kapitalmarktzinsen, eine allmähliche Bodenbildung der Weltkonjunktur an den Finanzmärkten eingepreist.

Wachstum im Schmalpurformat

Für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bedeutet dies: Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr real um rund 0,5 % wachsen. Ähnlich niedrig war diese Rate zuletzt in den Jahren 2012 und 2013, dem Höhepunkt der Europäischen Staatsschuldenkrise. Zum Vergleich: In den darauffolgenden Aufschwungsjahren von 2014 bis 2017 wurde in Deutschland im Durchschnitt ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2,2 % erzielt. Getragen wird die deutsche Wirtschaftsentwicklung aktuell von privatem- und staatlichem Konsum, Bauinvestitionen und wieder anziehenden Exporten. Enttäuschend ist jedoch, dass die Ausrüstungsinvestitionen rückläufig bleiben.

Aussichten für 2020 bleiben verhalten

Trotz der sich gegenwärtig abzeichnenden konjunkturellen Stabilisierung, bleiben die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland im kommenden Jahr sehr verhalten. Über die Stabilisierung hinaus gibt es nämlich keinerlei Signale, die auf eine nennenswerte Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivitäten hindeuten. Das liegt unter anderem auch daran, dass es in Deutschland in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, das wirtschaftliche Wachstumspotenzial merklich zu erhöhen und

viele wichtige Industriebranchen vor strukturellen Umbrüchen stehen.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht wäre daher vor allem ein umfassendes Programm zur Belebung der privaten und öffentlichen Investitionen erforderlich. Die Herausforderungen sind dabei enorm und reichen zum Beispiel vom Netzaufbau und steuerlichen Erleichterungen für Unternehmen und Investitionen über wirksame Maßnahmen gegen die schlep-penden Planungs- und Genehmigungsverfahren bis hin zur raschen Digitalisierung der Verwaltung.

Bei wirtschaftlichen Wachstumsraten von etwa 0,2 % pro Quartal dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2020 um 0,6 % expandieren. Diese konjunkturelle „Grunddynamik“ wird durch einen besonders günstigen Arbeitstageeffekt – es fallen mehr Feiertage auf ein Wochenende und das Jahr 2020 ist ein Schaltjahr – um 0,4 Prozentpunkte verstärkt. In der für Deutschland üblichen nicht arbeitstäglich bereinigten Betrachtung bleibt die Wachstumsprognose für das kommende Jahr daher unverändert bei rund 1 %.

Mittelstandsstrategie für Wirtschaftswachstum

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sieht für die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland ein jährliches Wachstumsziel von 1 ½ bis 2 %. Der Bundeswirtschaftsminister hat als wirtschaftspolitischen Impuls die Entlastungen der Unternehmen im Blick. So stehen vornehmlich ein Belastungsmoratorium (Bürokratie) sowie Steuerentlastungen im Fokus. Ziel ist, Spielräume und Anreize für neue Investitionen zu geben.

Als einen Beitrag hierzu hat das Bundeswirtschaftsministerium am 1. Oktober 2019 seine „Mittelstandsstrategie“ vorgelegt. Damit möchte man sich für Rahmenbedingungen einsetzen, die mittelständischen Betrieben auch in Zukunft Wachstum ermöglichen. Neben den Aspekten Arbeitskräftemangel, digitale Transformation und Energiepreise, werden hierin auch Maßnahmen zur Entlastungen von Unternehmen beschrieben.

Hilfreich könnte insbesondere die in der Mittelstandsstrategie angekündigte und voraussichtlich Anfang nächsten Jahres vorge-

gelegte Unternehmenssteuerreform sein. Hierzu hat der Bundeswirtschaftsminister bereits vier Kernelemente beschrieben. Es sind unter anderem Verbesserungen bei der Gewinnthesaurierung vorgesehen, indem die Unternehmenssteuerbelastung für einbehaltene Gewinne auf maximal 25 % beschränkt werden soll. Daneben soll die Gewerbesteuer künftig auch bei der Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften angerechnet werden können.

Zu Recht adressiert die Mittelstandsstrategie damit auch Aspekte der Unternehmensfinanzierung. Banken in Deutschland stellen traditionell die Finanzierung des Mittelstands bereit. Die regulatorischen Vorgaben für Banken müssen daher so gestaltet sein, dass die Finanzierung auch in Zukunft nicht bedroht ist. Die Umsetzung von Basel IV in europäisches Recht verdient daher die entsprechende Aufmerksamkeit auch des Bundeswirtschaftsministeriums. Ein Verordnungsentwurf der Kommission wird vor Sommer 2020 erwartet.

Neuer Anlauf: Europa braucht eine funktionsfähige Kapitalmarktunion

Die Kapitalmarktunion bekommt eine neue Chance. Die Europäische Kommission hat jüngst ihr „High Level Forum on Capital Markets Union“ mit 28 hochrangigen Experten besetzt. Sie sollen Politikempfehlungen erarbeiten und ihren Bericht bis Mai 2020 vorlegen. Erklärtes Ziel ist es, bei der Kapitalmarktunion spürbare Fortschritte zu erzielen. Um das zu erreichen, wird allerdings eine höhere Kompromissbereitschaft nötig sein, als sie insbesondere von den Mitgliedsstaaten bislang aufgebracht wurde.

Die Diskussion über notwendige Fortschritte bei der Kapitalmarktunion hat zuletzt deutlich an Fahrt gewonnen. Hierzu haben verschiedene Initiativen beigetragen: Zum einen [„Markets for Europe“](#), eine Kampagne der privaten Wirtschaft. Hinter dieser Initiative stehen sechzehn europäische CEOs von Banken, Unternehmen, Investoren und Börsen sowie die sechs ehemaligen Notenbankgouverneure oder Finanzpolitiker Viviane Reding (Luxembourg), Christian Noyer (Frankreich), Enrico Letta (Italien), Martina Dalić (Kroatien), Vítor Constâncio (Portugal) und Peer Steinbrück (Deutschland). Als erstes Ergebnis wurde Anfang Oktober 2019 in Brüssel eine „Roadmap“ mit Argumenten und Politikempfehlungen zur Vertiefung des europäischen Kapitalmarktes vorgestellt.

Zum anderen haben die Finanzministerien aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden eine Expertengruppe zusammengestellt. Die sogenannte [NextCMU High Level Group](#) hat am 9. Oktober 2019 ihren Bericht mit entsprechenden Politikvorschlägen veröffentlicht. Alle diesbezüglichen Empfehlungen sind von der Überzeugung getragen, dass sich eine Reihe zentraler

Probleme ohne eine funktionsfähige Kapitalmarktunion nicht lösen lassen:

- Damit die europäische Wirtschaft weiterhin zur innovativen Spitze gehört, muss erheblich mehr Eigen- und Wagniskapital auf dem Markt verfügbar sein.
- Damit die Bürger – auch angesichts der Demographie – angemessen für ihre Rente vorsorgen können, müssen dafür in höherem Maße private Vorsorgeprodukte genutzt werden.
- Damit Bürger direkt am Wirtschaftswachstum teilhaben können, muss die Investitionskultur in Europa gestärkt und auch regulatorisch unterstützt werden.

Die Vertiefung der nationalen Kapitalmärkte und deren grenzüberschreitende Integration in der EU wären von erheblichem Vorteil für Bürger, Unternehmen und Staaten: Integration bedeutet in diesem Fall mehr Effizienz, mehr Transparenz, mehr Wettbewerb und ein vergleichbarer Zugang von Bürgern, Unternehmen und Investoren zu den Kapitalmärkten.

Die mit der Kapitalmarktunion verbundene stärkere Aufteilung von Risiken auf verschiedene Teilnehmer führt auch zu mehr Finanzmarktstabilität. Nicht zuletzt hängt von der Kapitalmarktunion die Wettbewerbsfähigkeit und finanzielle Souveränität der EU auf globaler Ebene ab. Ein integrierter Kapitalmarkt würde die EU krisenfester machen: Resistenter sowohl gegenüber internen Konjunktur- und Banken Krisen, als auch gegenüber externen Bedrohungen, seien es politische Konflikte oder Währungs- und Finanzkrisen in anderen Regionen der Welt.

Sustainable Finance wird auch für den Mittelstand immer wichtiger

Sustainable Finance ist in der Finanz-Community zweifellos zu einem Top-Thema geworden. Nicht zuletzt die privaten Banken und ihre Tochtergesellschaften engagieren sich bereits seit mehreren Jahren im Bereich Sustainable Finance. Sie verfügen über umfassende Leitlinien und Rahmenwerke, die sicherstellen, dass international praktizierte und anerkannte Standards zu Umwelt- und Sozialbelangen berücksichtigt werden. Außerdem entwickelt sich der Sustainable Finance-Sektor schon seit einiger Zeit sehr dynamisch; bereits heute steht den Kunden eine wachsende Zahl neuer Produktgruppen wie zum Beispiel Green Bonds, Positive Incentive Loans oder Grüne Schuldscheindarlehen zur Verfügung.

Darüber hinaus rückt das Thema auch bei den Zentralbanken und Aufsichtsbehörden verstärkt in den Fokus. Damit werden vermehrt Fragen bei den Regulatoren nach sogenannten ESG-Risiken (Umwelt, Soziales, Unternehmensführung) gestellt. Auf internationaler Ebene gibt es hier mit dem „Central Banks and Supervisors Network for Greening the Financial System“ eine sehr aktive Initiative, in der unter anderem EZB, European Banking Authority (EBA), Bundesbank und BaFin mitwirken. Diese Initiative hat im Frühjahr dieses Jahres hierzu erste Überlegungen vorgestellt.

Außerdem wurde die EBA im Rahmen des beschlossenen EU-Bankenpakets beauftragt, zu untersuchen, ob und wie ESG-Risiken für das institutsinterne Risikomanagement und den aufsichtsrechtlichen Überprüfungsprozess (SREP) eingeführt werden sollen. Die BaFin hat den Ball ebenso aufgegriffen und entwi-

ckelt ein Merkblatt zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken. Das Merkblatt richtet sich Sektor übergreifend an alle von der BaFin beaufsichtigten Unternehmen (Institute, Versicherungen und Kapitalanlagegesellschaften). Mit dem Merkblatt werden bestehende aufsichtliche Vorgaben, das heißt die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in Bezug auf Nachhaltigkeitsrisiken ergänzt. Inhaltlich werden die wesentlichen MaRisk-Vorgaben zu Strategien, Unternehmensführung und -kultur, Geschäftsorganisation, Risikomanagement inklusive Kreditbearbeitung und Risikoklassifizierungsverfahren, Stresstesting, Auslagerungen und Gruppen-sachverhalte beleuchtet. Die BaFin sieht ihre Ausführungen als Orientierungshilfe im Sinne einer Good Practice.

Was bedeutet dies konkret für mittelständische Unternehmen? Hier rückt die in Deutschland geführte Klimaschutzdebatte in den Mittelpunkt. Die deutschen Klimaschutzziele erfordern einen tiefgreifenden Transformationsprozess, in dem der deutsche Mittelstand eine Schlüsselrolle einnehmen wird. Die Herausforderungen sind hier gewaltig, da der Mehrinvestitionsbedarf zur Erreichung der Klimaziele im Jahr 2050 auf bis zu 2,3 Billionen Euro geschätzt wird.

Letztlich ist es daher wichtig zu unterstreichen, dass Nachhaltigkeit kein „Add on“ mehr ist, sondern dass die einzelnen Nachhaltigkeitsaspekte in allen Wirtschaftssektoren und von allen Unternehmen – egal, ob groß oder klein – in den Kernbereichen der Wertschöpfungsketten verankert werden müssen, wenn man langfristig erfolgreich sein will. Neben dem Klima- und Umweltschutz kommt außerdem den sozialen Faktoren (Beachtung der

Einhaltung der Menschenrechte in Lieferketten) und ebenso Governance-Fragen (Nachhaltigkeitsmanagement durch die Geschäftsführung) eine wachsende Bedeutung zu. Dies gilt umso mehr, als dass Banken spiegelbildlich im Rahmen der anstehenden Sustainable Finance-Regulierung nichtfinanzielle Aspekte in das Risikomanagement übernehmen werden, die sich aus dem Kerngeschäft ergeben. Hierzu zählen dann Geschäfte, Produkte und Kundenbeziehungen, bei denen Umwelt und Sozialbelange eine besondere Rolle spielen – beispielsweise dort, wo Projekte zu einem erhöhten Schadstoffeintrag in Luft, Wasser und

Böden führen oder mit dem Übernutzen natürlicher Ressourcen verbunden sein können. Damit steigen auch die Anforderungen an die Unternehmensberichterstattung. Denn letztlich sind es die realwirtschaftlichen Unternehmen, die der Finanzwirtschaft die relevanten Informationen über die Einhaltung der Nachhaltigkeitsanforderungen eines Investitionsvorhabens bzw. des gesamten Unternehmens bereitstellen müssten, wenn diese in die Bewertung des Investitionsvorhabens einfließen sollen. Auf diese Herausforderung muss sich der Mittelstand rechtzeitig einstellen.

Jenseits von Libra: Mit dem digitalen Euro raus aus der Zuschauerrolle

Der kontroversen Diskussion um Facebooks Pläne, eine digitale Währung namens Libra in Umlauf zu bringen, haben wir zwei elementaren Erkenntnissen zu verdanken. Die erste Erkenntnis: Jedes Wirtschaftssystem braucht eine stabile Währung – sie ist Kernelement staatlicher, demokratisch legitimer Souveränität. Es kann daher aus unserer Sicht nicht Aufgabe eines privaten, gewinnorientierten Unternehmens sein, eine Digitalwährung in Umlauf zu bringen. In Wirtschaftskrisen würden Korrekturinstrumente der Zentralbanken wie Wechselkurs- oder Zinsanpassungen ihre Wirksamkeit verlieren. Viele mit der Emission einer Währung verbundene Risiken – vom Wechselkurs-, Liquiditäts- bis hin zum Rückzahlungsrisko – können nur von öffentlicher Seite adäquat geschultert werden. Dies gilt erst recht, wenn es darum geht, grenzübergreifende Gefahren wie Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung wirkungsvoll zu bekämpfen.

Die Verantwortung für die Geld- und Währungsordnung muss daher bei souveränen Staaten und deren Notenbanken verbleiben; jedes Angebot von Geld, sei es von Banken oder von anderen privaten Unternehmen, muss sich entsprechend in die staatlich gesetzte Ordnung einfügen. Es steht gleichwohl die Frage im Raum, wie die globale Geld- und Währungsordnung im digitalen Zeitalter aussehen und wer sie künftig gestalten wird. Europa darf hier nicht in einer Zuschauerrolle verharren. Die europäische Politik, vor allem aber auch die Zentralbanken haben hier eine große Verantwortung und eine Schlüsselrolle, damit wir nicht den Anschluss an die USA oder China verlieren.

Die zweite Erkenntnis lautet: Es gibt in Wirtschaft und Gesellschaft einen Bedarf nach kryptobasiertem, digitalem Geld, das die nächste Evolutionsstufe der Digitalisierung ermöglicht. Von besonderem Interesse ist dabei programmierbares digitales Geld, das mit sogenannten Smart Contracts verbunden werden kann. Vorteil: Anders als mit Kryptowährungen wie „Bitcoin“ könnten damit Zahlungsvorgänge nach festgelegten und programmierten vertraglichen Rahmenbedingungen automatisiert werden. Digital könnte überprüft werden, ob Aufträge erfüllt sind, Zahlungen dann automatisch ausgelöst werden. Interaktionen zwischen Mensch-Maschine bzw. Maschine-Maschine im vernetzten „Internet der Dinge“ wären steuerbar.

Um zu den Chancen zu kommen: Wie kann diese Zukunft aussehen und welchen Voraussetzungen muss eine digitale programmierbare Währung genügen?

- Ein wettbewerbsfähiges Zahlungssystem kann nicht aus unterschiedlichen Insellösungen bestehen, sondern muss auf einem einheitlichen Standard und einer einheitlichen Währung beruhen. In Europa kommt hierfür aus unserer Sicht nur ein programmierbarer digitaler Euro in Frage, für den – angelehnt an die bisherigen Strukturen der Europäischen Währungsunion – eine gemeinsame europaweite Zahlungsverkehrsplattform geschaffen werden sollte.
- Höchste Regulierungsstandards müssen eingehalten und die Kompatibilität mit bisherigem Girogeld sichergestellt werden. Denn das Angebot von Digitalgeld auf Kryptobasis darf die Stabilität des

bestehenden Geld- und Währungssystems nicht gefährden.

- Damit Rechtssicherheit und Vertrauen entsteht, brauchen wir eine rechtsverbindliche Einordnung von programmierbarem Digitalgeld und ein tragfähiges Datenschutzkonzept. Darüber hinaus muss die Identität des Nutzers eines digitalen Euros – ob Mensch oder Maschine – eindeutig zuzuordnen sein.
- Einleger genießen bei Kreditinstituten durch die Einlagensicherung ein hohes Schutzniveau ihrer Einlagen. Dieses Schutzniveau muss auch Maßstab für programmierbares Digitalgeld sein.

Ein digital programmierbarer Euro hat das Potenzial unsere Wirtschaftsabläufe, aber auch die Art wie wir zahlen und wie wir Werte aufbewahren, noch einmal grundlegend zu verändern. Umso wichtiger ist es, einen gesellschaftlichen Konsens darüber zu erzielen, wie ein programmierbares Digitalgeld in die bestehenden Finanzsysteme integriert werden kann.

Die privaten Banken in Deutschland werden ihren Beitrag zu einem zukunftsfähigen innovativen Geldsystem leisten. Aufgabe von Gesetzgebern und Regulierungsbehörden ist

es, digitale Innovationen rechtlich klar geregelt möglich zu machen – auch und insbesondere im Bankensektor. Das Wettbewerbsrecht etwa muss Verbindlichkeit und faire Spielregeln herstellen, damit sich alle Nutzer und Marktteilnehmer auf das Digitalgeld verlassen können.

Für Deutschlands wie Europas Wirtschaft wird es zentral sein, im weltweiten Wettbewerb um intelligente Zahlungsverfahren mitzuhalten. Nur so bleibt die nächste Stufe der Digitalisierung nicht allein China und den USA vorbehalten. Peking hat erst kürzlich seinen Willen unterstrichen, bald eine digitale Variante seiner Währung, des Renminbi, einzuführen. Und auch in den USA werden entsprechende Vorschläge intensiv diskutiert. Europa sollte sich hier nicht mit der Zuschauerrolle zufrieden geben.

Die Diskussion um Libra ist lediglich ein Teilaspekt eines großen und wichtigen Themas, das über die „Facebook-Währung“ hinausgeht. In einem [Positionspapier](#) versucht der Bankenverband auszuloten, welchen Beitrag die Banken für ein zukunftsfähiges und innovatives Geldsystem leisten können, wie die Rahmenbedingungen gestaltet sein müssen, um die Stabilität des Finanzsystems zu sichern.

Kreditvergabe im dritten Quartal 2019

Die Kreditvergabe an Unternehmen und Selbstständige nahm im Quartalsvergleich nur marginal um 0,1 % zu. Der leichte Anstieg wird vornehmlich von der Kreditvergabe an das Dienstleistungsgewerbe getragen. Nach Fristigkeiten differenziert, sind insbesondere mittel- und langfristige Ausleihungen gestiegen; hier dürfte das niedrige Zinsniveau noch einmal mitgenommen worden sein. Im Vorquartal verzeichneten noch die

kurzfristigen Unternehmenskredite ein kräftiges Wachstum. Kurzfristige Kredite werden häufig zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen oder zur Lagerfinanzierung verwendet, aber weniger für Investitionen. Im Jahresvergleich sind die Unternehmenskredite per Ende Oktober 2019 nur noch um 4,5 % gestiegen.

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige

(Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzierungsinstitutionen und Versicherungen*)

Zeitraum	Insg.	Kreditbanken	Zweigstellen Auslandsbanken	Nachrichtlich: Auslandsbanken	Sparkassen und Landesbanken	Kreditgenossenschaften
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende in Mrd. Euro						
2017	886,666	256,057	35,439	91,104	377,589	175,256
3. Q. 18	930,334	267,934	41,167	104,398	394,600	189,486
4. Q. 18	933,574	280,384	40,153	102,875	382,862	190,949
1. Q. 19	954,568	290,014	41,259	108,272	387,926	194,096
2. Q. 19	973,246	300,059	44,806	114,271	390,802	197,473
3. Q. 19	973,952	294,165	44,464	112,725	394,131	199,891
Veränderungen gegenüber Vorjahreszeitraum (in %)						
2017	3,5	4,7	16,5	12,5	2,1	5,9
3. Q. 18	5,2	8,4	24,5	21,1	4,1	5,1
4. Q. 18	5,0	6,6	12,8	13,5	4,2	5,3
1. Q. 19	5,0	6,4	9,9	12,5	3,6	6,3
2. Q. 19	5,4	6,8	8,4	10,6	3,5	7,0
3. Q. 19	4,5	4,0	7,8	6,4	3,2	6,5
Nachrichtlich: Veränderungen gegenüber Vorquartal (in %)						
4. Q. 17	0,4	0,9	7,6	5,3	0,0	0,8
3. Q. 18	1,0	0,6	0,2	2,5	1,1	1,5
4. Q. 18	0,2	-0,5	-2,4	-1,3	0,1	1,0
1. Q. 19	2,1	2,8	2,8	3,6	1,3	2,5
2. Q. 19	2,0	3,4	8,3	5,4	0,9	1,6
3. Q. 19	0,1	-1,9	-0,8	-1,4	0,9	1,2

Die Quartals- und Jahreszahlen spiegeln jeweils den letzten Tag des Berichtszeitraums wider (letzter Tag des Quartals bzw. des Jahres).

* Zum Berichtskreis gehören zusätzlich: Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank, 18. November 2019.

Finanzierungsbedingungen im dritten Quartal 2019

Die Umfrage unter 149 Banken im Euroraum zum Kreditgeschäft (**Bank Lending Survey** der EZB) zeigt **für Deutschland**, dass die restriktivere Kreditvergabe sich fortsetzt. Zum dritten Mal in Folge gaben die deutschen Banken im Oktober 2019 an, ihre internen Kriterien zur Kreditvergabe im Unternehmensgeschäft (**Kreditrichtlinien**) zu verschärfen (Nettoanteil +3 %, wie in den beiden vorangegangenen Umfragerunden). Die Anpassung war den Angaben der Banken zufolge darauf zurückzuführen, dass sich die branchen- oder firmenspezifische Lage und

die Kreditwürdigkeit der Darlehensnehmer verschlechterten. Daneben nannten sie auch die eingetrübte Einschätzung der Wirtschaftslage und Konjunkturaussichten sowie gestiegene Eigenkapitalkosten. Die tatsächlich in den Verträgen vereinbarten **Kreditbedingungen** im Firmenkundengeschäft sind hingegen unverändert geblieben.

Für die Eurozone zeigt das aktuelle Bank Lending Survey unerwartet sogar eine leichte Verbesserung der Kreditrichtlinien (Nettoanteil -2 %).

